



HESSISCHER LANDTAG

12.12.2025

Kleine Anfrage

**Olaf Schwaier (AfD), Klaus Gagel (AfD), Andreas Lichert (AfD),
Dimitri Schulz (AfD) vom 14.08.2025**

**Endgültige Schließung des Goodyear-Reifenwerks Fulda und ihre Auswirkungen auf
die Belegschaft und den Wirtschaftsstandort Osthessen**

und

Antwort

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr, Wohnen und ländlichen Raum

Vorbemerkung Fragesteller:

Die endgültige Schließung des Goodyear-Reifenwerks in Fulda (2025) und die teilweise Stilllegung des Standorts Hanau wurden im November 2023 vom Mutterkonzern Goodyear Tire & Rubber Company (USA) angekündigt. Mit 915 von insgesamt 1.171 betroffenen Stellen fällt der Großteil auf das Werk in Fulda. Laut Medienberichten steigt die lokale Arbeitslosigkeit infolge der Schließung um zehn Prozent an. Demnach sind 376 Beschäftigte in einer ersten Kündigungswelle bereits im April 2025 entlassen worden. Die verbleibenden knapp 600 werden im September folgen. Für einen sozial verträglichen Übergang in eine neue Beschäftigung sollen jetzt 5,1 Millionen Euro bereitgestellt werden, davon ca. 3 Millionen durch den EGF (Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer), weitere 2,1 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Außerdem wurde gemäß Sozialplan eine Transfergesellschaft für eine maximal 12-monatige Übergangszeit gegründet.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales wie folgt:

Frage 1 Welche konkreten Maßnahmen, parallel zu den in der Vorbemerkung genannten Hilfen von 5,1 Millionen Euro, hat die Landesregierung seit Januar 2024 ergriffen, um die betroffenen Goodyear Mitarbeiter zu unterstützen und im Transferprozess zu begleiten?

Die Begleitung der vom Stellenabbau betroffenen Mitarbeiter erfolgt in erster Linie durch die Transformationsnetzwerke, da sie über die nötige Nähe, Kontakte und Expertise verfügen, um vor Ort konkret zu helfen. Die Landesregierung unterstützt die Arbeit der Transformationsnetzwerke und steht mit diesen in engem und regelmäßigem Kontakt.

Die Landesregierung setzt sich dafür ein, den Stellenabbau, der mit der Einstellung der Produktion einhergeht, weiterhin sozialverträglich zu gestalten und eine Weiterbeschäftigung in der Region zu sichern.

Frage 2 Hat der Wirtschaftsminister oder sein Ministerium seit seinem Amtsantritt mit den beteiligten Akteuren (Konzernleitung, Betriebsrat, Gewerkschaft) Gespräche geführt und/oder sich ein Bild vor Ort gemacht? Wenn ja, bitte einzelne Termine mit Ort, Datum, Beteiligten, Thema und erzieltom Ergebnis aufzählen.

Die Schließungsentscheidung fiel im November 2023. Damit bestand zu diesem Zeitpunkt für die aktuelle Landesregierung keine Möglichkeit, aktiv einzuwirken.

Frage 3 Wie hat die Landesregierung versucht, die Konzernleitung zu einer Revision ihrer Entscheidung zu bewegen und welche wirtschaftlichen Anreize hat sie angeboten, um den Standort doch noch zu erhalten? Bitte diese Versuche und Anreize auflisten.

Frage 4 Welche begleitenden Maßnahmen einer strukturellen Wirtschaftsförderung für die Region Osthessen, hat die Landesregierung zum Ausgleich der weggefallenen Stellen konkret unternommen oder plant zu unternommen?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Grundsätzlich entscheiden Unternehmen unabhängig über Standortschließungen, wobei die Landesregierung keinen unmittelbaren Einfluss ausüben kann. Direkte Subventionen einer Landesregierung für Einzelunternehmen, die allein auf den Erhalt bestimmter Arbeitsplätze zielen, würden den Wettbewerb verfälschen und begünstigen daher beihilferechtlichen Hürden.

Im Hinblick auf die Automobilindustrie unterstützt die Landesregierung die Transformation der Branche und die Bewältigung der damit verbundenen Herausforderungen.

Dafür stehen verschiedene Zuschuss-, Kredit-, Beteiligungs- und Bürgschaftsprogramme, insbesondere für KMU, zur Verfügung. Einzelne Programme, z. B. das EFRE-Zuschussprogramm „Investitionen und technologische Modernisierung in KMU“, finden dabei nur in ausgewählten, strukturschwachen Regionen Anwendung. Zu den strukturschwachen Regionen dieses Programms gehört auch der Regierungsbezirk Kassel, zu dem der Landkreis Fulda gehört. Diese Förderprogramme zielen darauf ab, dass durch Investitionsvorhaben von Unternehmen vorhandene Arbeitsplätze gesichert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bezüglich der Maßnahmen der Landesregierung zur Unterstützung der Automobilindustrie generell, etwa durch den Hessen-Fonds, wird ergänzend auf die Kleinen Anfragen 21/2121 und 21/2340 verwiesen.

Frage 5 Welche Gespräche hat die Landesregierung bisher mit dem Landkreis bzw. der Stadt Fulda (z.B. Landrat, Oberbürgermeister) über eine mögliche Nutzung des Firmengeländes und künftige Neuansiedlung von Unternehmen geführt? Bitte Gespräche aufzählen mit Datum, Beteiligten, Thema und erzieltm Ergebnis.

Die Landesregierung ist im ständigen Austausch mit den Kommunen. Im konkreten Fall fanden jedoch bisher keine Gespräche statt.

Frage 6 Mit welchen Maßnahmen plant die Landesregierung die lokalen Entscheidungsträger bei der Neuansiedlung von Unternehmen auf dem Gelände des Goodyear-Werks zu unterstützen?

Die in der Antwort zu den Fragen 3 und 4 genannten Fördermaßnahmen sollen Anreize dafür setzen, dass sich Unternehmen in den hessischen Regionen und damit auch im Landkreis Fulda, ansiedeln.

Frage 7 Wie viele der 915 Betroffenen haben nach Kenntnis der Landesregierung bereits eine neue, ihrer Qualifikation angemessene Anstellung gefunden, oder nach Abschluss einer Bildungsmaßnahme schon zugesagt bekommen?

Frage 8 Wie viele dieser Stellen befinden sich in der Region Osthessen?

Frage 9 Wie viele der 915 Betroffenen arbeiten nach Kenntnis der Landesregierung künftig weiterhin in Hessen?

Die Fragen 7 bis 9 werden wegen ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Landesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

Frage 10 Welche Lehren zieht die Landesregierung aus der gesamten Chronologie der Schließung des Goodyear-Werkes Fulda für künftige Fälle der Schließung oder Standortverlagerung von Industriebetrieben in Hessen für ihr eigenes Handeln?

Die Konzernleitung hat die Schließung des Goodyear-Werkes mit Überkapazitäten, Konkurrenzdruck durch günstige Importe aus Asien und dem Inflationsdruck begründet. Sie steht damit exemplarisch für die Probleme, mit denen sich die Automobilindustrie, insbesondere die Zuliefererindustrie, in Deutschland aktuell konfrontiert sieht.

Die Landesregierung sieht sich deshalb durch den Vorgang darin bestärkt, den eingeschlagenen Kurs in Richtung einer pragmatischeren Industriepolitik zur Sicherung guter Arbeitsplätze, insbesondere durch Maßnahmen zur Senkung der Produktionskosten und Bürokratieabbau, konsequent fortzusetzen.

Wiesbaden, 25. November 2025

Kaweh Mansoori